

**06/2009**



**AFRIKAS PERSPEKTIVE –  
EUROPAS POLITIK**

Das VENRO-Projekt zur  
Afrika-EU-Partnerschaft

---

**17. Dezember 2009**

**Unsere Themen:**

- 1. Konferenz: Partnership for the Poor?**
- 2. Anpassung an den Klimawandel in der Afrika-EU-Strategie**
- 3. Workshop: Putting Rural Development First**
- 4. Workshop: Local Power and Women´s Rights**
- 5. Ringvorlesung: Wie kann Demokratisierung in Afrika gelingen?**
- 6. Rethinking Biomass Energy in Sub-Sahara Africa – Studie erschienen**
- 7. Termine**

**1. Konferenz: Partnership for the Poor?**

**Zivilgesellschaft fordert Verbesserungen im Aktionsplan**

Ist die Afrika-EU-Partnerschaft wirklich eine Partnerschaft von der die Armen profitieren? Am Montag, dem 30. November diskutierten afrikanische und europäische Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft über die Chancen und Herausforderungen der Afrika-EU-Strategie. Veranstaltet wurde die Konferenz von [VENRO](#) in Kooperation mit dem Europäischen Dachverband [CONCORD](#) und der [Deutschen Welle](#).

Vor zwei Jahren trat der erste Aktionsplan der Afrika-EU Partnerschaft in Kraft. Den Menschen aber insbesondere in Afrika, hat der Plan bisher nur wenig gebracht. Nach wie vor sind Frauen am meisten von Armut betroffen und 80 Prozent der Armen leben in ländlichen Regionen. Gerade mal zehn Prozent von ihnen haben Zugang zu Energie.

Deshalb diskutierten die Konferenzteilnehmer darüber, was der zweite Aktionsplan, der voraussichtlich ab 2011 in Kraft treten wird, berücksichtigen muss.

Die zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter im Saal waren sich einig: Die Afrika-EU-Strategie braucht eine eigene Partnerschaft zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit. Als Querschnittsthema wird dem Gender-Bereich nicht genug Aufmerksamkeit eingeräumt. Denn gute Regierungsführung, Demokratisierungsprozesse und nachhaltige Entwicklung sind ohne aktive und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen nicht umsetzbar.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer auch, dass der Zugang zu nachhaltiger Energie der Schlüssel für Entwicklung und Fortschritt in Afrika ist. Besonders wichtig ist hierfür, dass die Menschen in ländlichen Gebieten an eine Energieversorgung angeschlossen werden. Ein neuer Aktionsplan sollte deshalb besonders kleine und dezentrale Projekte innerhalb der Energiepartnerschaft fördern. Für die Armen ist wichtig, dass sie Energie in Einkommen umwandeln können.

Auf dem Panel zu Handel, regionale Integration und Infrastruktur entzündete sich eine lebhafte Diskussion um die Beziehungen zwischen der Afrika-EU-Strategie und den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Die WPA wurden bisher explizit im Aktionsplan ausgeklammert. In ihrer jetzigen Form sind die WPA nicht entwicklungsfördernd.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass regionale Integration eine Priorität der afrikanischen Staaten ist oder sein sollte. Als großes Entwicklungshindernis wurde die mangelnde Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum angeführt.

---

## **2. Anpassung an den Klimawandel in der Afrika-EU-Strategie**

Vor allem in Afrika sind die Auswirkungen des Klimawandels schon heute deutlich spürbar. Der Kontinent wird auch in Zukunft besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, obwohl er kaum etwas dazu beigetragen hat. Deshalb müssen dringend Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden.

Die größte Herausforderung für afrikanische Staaten besteht in der Finanzierung, beispielsweise von Technologien für eine erfolgreiche Anpassung.

Die Klimapartnerschaft der Afrika-EU-Strategie hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame Agenda für Klimapolitik zu schaffen. Innerhalb der letzten beiden Jahre hat die Partnerschaft Ziele und Kooperationsmöglichkeiten für den Gipfel in Kopenhagen ausgearbeitet. Allerdings bleibt auch sie Lösungen zur Frage der Finanzierung schuldig.

[Germanwatch](#) und VENRO fordern daher eine stärkere Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Afrika-EU-Partnerschaft. Afrika und Europa müssen an einem Strang ziehen, damit die Anpassung an den Klimawandel erfolgreich ist.

[Download der Studie](#)

---

## **3. Workshop: Putting Rural Development First!**

Zwei Jahre nach der Verabschiedung der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie in Lissabon stellen sich die Fortschritte bei der Partnerschaft für Handel, regionale Integration und Infrastruktur langsamer ein als erhofft. Am 26. November veranstalteten [VENRO](#) und [CONCORD](#) deshalb einen Workshop

zum Thema Handel, regionale Integration und Infrastruktur in Bonn. 30 Afrikanische und europäische Vertreter der Zivilgesellschaft diskutierten die wichtige Rolle von ländlicher Entwicklung.

Die Ausweitung des Handels, insbesondere innerhalb und zwischen afrikanischen Ländern, gestärkte regionale Integration und die Förderung der Infrastruktur sind Voraussetzungen für die Entwicklung. Deshalb kommt dieser Partnerschaft eine wichtige Rolle innerhalb der JAES zu. In Anbetracht der im Aktionsplan 2008–10 gesetzten Schwerpunkte scheinen für die Festlegung der prioritären Bereiche und Maßnahmen vor allem exportorientiertes Wachstum und ein von oben nach unten gerichteter Ansatz zur Infrastrukturentwicklung ausschlaggebend zu sein. Die ländliche Entwicklung und Kleinbauern spielen dagegen nur eine marginale Rolle, obwohl sie einen sehr großen Beitrag zur Verringerung der Armut leisten könnte. Die Nahrungsmittelkrise von 2008 hat deutlich gemacht, wie wichtig ein Paradigmenwechsel bei der ländlichen Entwicklung ist. Ferner ist festzuhalten, dass die laufenden Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die nicht Bestandteil der JAES sind, die regionale Entwicklung eher behindern als fördern. Da die WPA aber für die regionale Integration von elementarer Bedeutung sind, muss die JAES in ihrem Aktionsplan auch auf diese eingehen und entwicklungsfreundliche WPA fördern.

Die Ergebnisse des Workshops werden derzeit dokumentiert und werden im Januar 2010 veröffentlicht.

---

#### **4. Workshop: Local Power and Women´s rights**

Die gleichberechtigte politische Partizipation von Frauen erfordert nicht nur ihre quantitative Präsenz in Parlamenten und Entscheidungsgremien, sondern auch die Möglichkeit qualitativ Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dies gilt für politische Strukturen auf lokaler Ebene sowohl in Europa als auch in Afrika. Sowohl im Norden als im Süden gibt es vergleichbare Ungleichheitsstrukturen bei der politischen Beteiligung von Frauen und Männern. Dies ist eine zentrale Erkenntnis des Workshops „Local Power and Women’s Rights – Gender Perspectives on Decentralization Processes“, den [VENRO](#) am 27. November in Bonn veranstaltete. Rund 30 zivilgesellschaftliche Expertinnen und Experten aus sieben verschiedenen Ländern diskutierten Chancen, Risiken und Herausforderungen von Dezentralisierungsprozessen für die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit.

Deutlich wurde, dass Ausschlussmechanismen beim Zugang zu politischen Ämtern eng mit einer sozial und kulturell verankerten Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern verknüpft sind. Ursache hierfür ist auch der ungleiche Zugang zu ökonomischen und finanziellen Ressourcen. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung müssen Gleichstellungsinitiativen politische Strukturen verändern und Frauen stärken, damit diese die veränderten Rahmenbedingungen auch nutzen können. Dies ist eine

elementare Frage von Demokratie, die durch entwicklungspolitische Maßnahmen gefördert werden muss. Der Anspruch der Afrika-EU-Strategie, zu demokratischer Regierungsführung und der Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen, kann daher ohne die Gleichstellung der Geschlechter auf allen politischen Ebenen nicht verwirklicht werden. Nachholbedarf besteht dabei sowohl im Norden wie auch im Süden.

---

## 5. Ringvorlesung: Wie kann Demokratisierung in Afrika gelingen?

„Wie kann Demokratisierung in Afrika gelingen?“, war das Thema der Ringvorlesung „Afrika in Entwicklung – Entwicklung in Afrika“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main am 1. Dezember 2009. Organisiert wurde die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit ([GTZ](#)) GmbH, der Kreditanstalt für Wiederaufbau ([KfW](#)) und der Society for International Development ([SID](#)).

Es diskutierten Dr. Gero Erdmann vom German Institute of Global and Area Studies ([GIGA](#)) / Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg, Ernst Specht von der [Friedrich-Neumann-Stiftung](#) und Michael Steeb für [VENRO](#) / Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe ([AGEH](#)), der die Inhalte des Projekts "Afrikas Perspektive – Europas Politik" einbrachte. Wie entwickelt sich Demokratie? Wie können demokratische Prozesse gestärkt werden? Wo steht Afrika in diesem Prozess? Welche Rolle können externe Partner aus Parteien, Zivilgesellschaft und Entwicklungszusammenarbeit spielen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Mit Blick auf die Demokratieentwicklung in Afrika in den letzten 20 Jahren zeichnete Gero Erdmann ein stabiles Bild der afrikanischen Demokratien, erwartet jedoch für die nahe Zukunft keine oder nur wenig Demokratisierung in nicht-demokratischen Staaten. Ernst Specht stellte die Arbeit der Friedrich-Neumann-Stiftung in Afrika vor und hob die Bedeutung der Parteienförderung für die Demokratieentwicklung hervor. Bei der Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess widersprach Michael Steeb der Ansicht, die westliche Demokratie passe nicht zu Afrika und berichtete von starken zivilgesellschaftlichen Kräften dort, die sich für eben diese Demokratie einsetzten. Voraussetzung für das Funktionieren von Demokratie sei eine funktionierende Zivilgesellschaft, die eine langfristige Unterstützung bietet, Machtinhaber kontrolliert, als Personalentwicklungsinstitution für zukünftige Politiker fungiert und deren Arbeit zu einer Diversifikation der Entwicklungsanstrengungen führt.

Es folgte eine kurze Diskussionsrunde, in der die Relevanz der Demokratieförderung für Entwicklungsprozesse herausgestellt wurde. Zudem wurde die Möglichkeit betont, die Staaten, in denen Parteienförderung nicht möglich ist, bei ihrer Bildungspolitik zu unterstützen. Die besondere Rolle der Zivilgesellschaft sei es, die Arbeit mit ihren Partnern vor Ort gerade dann fortzuführen, wenn staatliche

Entwicklungszusammenarbeit eingestellt werde. Gerade in Krisenzeiten müssten die lokalen Partner unterstützt werden.

In der anschließenden Plenumsdiskussion wurde die Bedeutung traditioneller Strukturen für Partizipation und damit für die Demokratisierung Afrikas betont. Diese Strukturen müssten daher stärker einbezogen werden. Es wurde allerdings auch klar, dass dies auch Potenzial für Konflikte birgt, so zum Beispiel zwischen traditionell begründeten Besitzansprüchen und Voraussetzungen für Demokratie wie Transparenz, Rechenschaft und Partizipation. Allgemeiner Konsens war, dass Demokratie nicht verordnet, sondern erkämpft werden müsse. Der Zivilgesellschaft falle die wichtige Aufgabe zu, diesen bottom-up-Ansatz zu unterstützen.

Am Ende der Veranstaltung stand die Erkenntnis, die Weichen für eine Demokratisierung Afrikas müssten vielmehr vor Ort gestellt werden müssen. Die Antwort auf die Frage, wie dies gelingen kann, ist damit in Afrika selbst zu suchen.

---

## 6. Rethinking Biomass in Sub-Sahara Africa – Studie erschienen

Am 25. August 2009 hatte Ewah Eleri, Direktor des International Center for Energy, Environment and Development ([ICEED](#)) die Studie "Rethinking Biomass Energy in Sub-Sahara Africa" bei dem von [VENRO](#) und dem [Forum Umwelt und Entwicklung](#) organisierten Symposium vorgestellt. Nun liegt die Studie als Publikation vor und kann unter [afrikas.perspektive\(at\)venro.org](mailto:afrikas.perspektive(at)venro.org) bestellt werden.

Biomasse ist für 80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung die Hauptenergiequelle. Die Nutzung von Feuerholz, vor allem für Haushaltsenergie, ist aber oft nicht nachhaltig. Luftverschmutzung durch ineffiziente Kochöfen fordert jährlich eine halbe Million Tote. Zugang zu moderner Bioenergie muss daher eine Schlüsselrolle in der Energiepolitik spielen.

Der fehlende Zugang zu moderner Energie ist ein wesentliches Entwicklungshemmnis in Afrika. Die nationalen und internationalen Geber müssen dieser Problematik dringend mehr Aufmerksamkeit widmen. Energieversorgung ist keine technische, sondern eine politische Frage, und muss insbesondere in der ländlichen Entwicklung eine größere Rolle spielen.

Die Afrika-EU-Energiepartnerschaft muss die afrikanischen Länder dabei unterstützen, politische Rahmenbedingungen für die Nutzung von moderner Bioenergie zu schaffen.

Seit November steht nun die aktualisierte Roadmap für die Energiepartnerschaft zur Verfügung. Sie steht [hier](#) für Sie zum Download bereit.

Die Studie "Rethinking Biomass Energy in Sub-Sahara Africa" als [PDF](#).

---

---

## 7. Termine

28.–29. Januar 2010

Gipfeltreffen der Afrikanischen Union – Treffen des Rates  
Addis Abeba, Äthiopien

31. Januar – 2. Februar 2010

Gipfeltreffen der Afrikanischen Union – Versammlung  
Addis Abeba, Äthiopien

Der offizielle [Terminkalender](#) der Afrika-EU-Partnerschaft.

---

### "Afrikas Perspektive – Europas Politik"

#### Das VENRO-Projekt zur Afrika-EU-Partnerschaft

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn

Tel.: 0228 946 77 0, Fax: 0228 946 77 99

E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org), Internet: [www.afrikas-perspektive.de](http://www.afrikas-perspektive.de)

Redaktion: Anke Kurat (V.i.S.d.P.) und Alessa Hartmann

Endredaktion: Kirsten Prestin

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)